

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Mittwoch
25. Februar 1925

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Obstruktion in Leipzig.

Dijzialverteidiger für die Angeklagten.

85. Leipzig, 25. Februar 1925.

Der heutige 12. Verhandlungstag im Tscheka-Prozess sah, als die Sitzung erst um 10 1/2 Uhr eröffnet wurde, auf den Verteidigerbänken an Stelle der bisherigen 13 Anwälte nur die beiden bisherigen Dijzialverteidiger Dr. Goldstein und Dr. Schümichen-Leipzig und dazu vier weitere nach den gestrigen Vorfällen neu gestellte Leipziger Dijzialverteidiger. Unmittelbar nach Eröffnung der Sitzung erklärte der Vorsitzende: Nachdem gestern die Wahlverteidiger der Angeklagten sich ohne Genehmigung des Gerichts entfernt haben, war nach dem Befehl der Fall gegeben, Dijzialverteidiger zu ernennen. Der Vorsitzende gab dann die Namen der vier Dijzialverteidiger bekannt, und zwar der Rechtsanwalt Dr. Drechsler, Dr. Rietsche, Dr. Fiedler und Dr. Blume, sämtlich aus Leipzig. Rechtsanwalt Dr. Goldstein nahm dann noch in einer kurzen Erklärung zu einer in einer Leipziger Zeitung erschienenen Zeichnung der gestrigen Abführung Dr. Samters Stellung, durch die der Eindruck erweckt werde, als ob Dr. Samter sich heftig gemehrt habe und mit Gewalt habe aus dem Saale entfernt werden müssen. Ohne im übrigen zu dem gestrigen Vorfall Stellung zu nehmen, müsse er im Interesse der Anwaltschaft feststellen, daß Dr. Samter freiwillig den Saal verlassen habe, bevor die Polizei mit Gewalt gegen ihn eingeschritten sei.

Vors.: Wir fahren in der Berlesung der Vernehmungprotokolle des Angeklagten Szon fort.

Angell. Szon: Ich verweigere meine Aussage, bis mein Wahlverteidiger wieder hier ist.

Vors.: Ich werde Ihnen das Protokoll trotzdem vorhalten, wenn Sie dann Ihre Aussage verweigern wollen, so können Sie das tun. — Während die Berlesung des Protokolls in vollem Gange ist, erklärt der Angeklagte Szon plötzlich: Herr Präsident, mir kommt das Beden an. Ich möchte mal hinausgehen. — Dr. Riedner sah sich durchsichtigen genötigt, die Sitzung auf kurze Zeit zu unterbrechen, während Szon, der sehr wohl aussieht und vergnügt lächelt, langsam und abseits nicht eilig den Sitzungssaal in Begleitung eines Beamten verließ. Der Anfang der Obstruktion der Angeklagten ist damit gemacht zu sein.

Bei den Vernehmungen vor der Polizei und des Untersuchungsrichters in Stuttgart hatte Szon u. a. erklärt, Neumann habe ihn gelockt, wenn er die Reise nach Südwestdeutschland nicht mache, dann werde er als Verräter behandelt. Was das bedeute, habe er, Szon, sehr gut gewußt. Einen Waffenschein habe er nicht belesen, wie er auch niemals eine Waffe gegen Menschen habe gebrauchen wollen. Er habe sie nur bei sich gehabt, weil das in der Gruppe so üblich gewesen sei. Den Namen „Helmut“ habe er oft von Neumann gehört. Es sei auch möglich, daß er Neumann mit diesem Helmut eh mal flüchtig zusammen gesehen habe.

Vors.: Ist nun Skobleroff jener „Helmut“?

Szon: Ich gebe keine Antwort.

Rechtsanwalt Neumann: Wollen Sie mir auch keine Antwort geben, wenn ich Sie frage?

Szon: Nein.

Landgerichtsrat Högel: Neumann, wann haben Sie den falschen Sach für den Angeklagten Szon erhalten?

Neumann: Bestimmt kann ich es heute nicht mehr sagen.

Landgerichtsrat Högel: Nach den Feststellungen, die in der Sache der kommunistischen Putschführerzentrale getroffen worden sind, muß das einen Tag vor der Abreise nach Südwestdeutschland gewesen sein.

Als dann der Vorsitzende die Geständnisse des Angeklagten Poegel als Zeuge in der Strafsache gegen Hahnfeld und Genossen vorlesen wollte, erklärte der Rechtsanwalt Neumann, er halte es für eine Pflicht der Loyalität, darauf hinzuweisen, daß an einem früheren Sitzungstage N. A. Dr. Wolf gegen diese Berlesung rechtliche Bedenken geäußert habe. Er, der Rechtsanwalt, halte diese Bedenken aber für rechtstrichtig. Der Dijzialverteidiger Poegel, N. A. Dr. Rietsche, erhob gegen die Berlesung Widerspruch und bat um einen Gerichtsbescheid. Das Gericht beschloß die Berlesung, worauf nunmehr der Angeklagte Poegel gegen die Berlesung protestierte und jede Aussage bis zum Wiedererscheinen seines Wahlverteidigers verweigerte. Das Protokoll, das vom 17. Dezember 1924 stammt und von dem Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Jürgens aufgenommen wurde, wurde daraufhin vorlesen. In diesem Protokoll berichtet Poegel zunächst über die Bildung von Abwehrformationen im Frühjahr 1923 und von sogenannten Fünfeckernauschüssen, in denen außer Kommunisten auch Sozialdemokraten und Unabhängige gewesen hätten.

Diese Abwehrformationen seien von Kleine, dem Delegierten der Mosaner Exekutive in der Zentrale der KPD, beauftragt worden. Kleine sei Russe und habe in Wirklichkeit einen anderen Namen. Angeblich soll er aus Polen stammen. Kleine habe den Auftrag in Bulgarien militärisch und politisch geleitet, er sei eine prominente Persönlichkeit in der kommunistischen Internationale und werde in Deutschland der „Tschekaner“ genannt.

Dann schildert Poegel in diesem Protokoll weiter die Tätigkeit der Partisanengruppe, die so viele Terrorakte durchführen sollte. Er selbst war Leiter der Leipziger Partisanengruppe und hatte Befehl, die Mitglieder unter sich selbst, die nicht alle Kommunisten zu sein brauchten, über alles weitere im Unklaren zu lassen. Sie sollten nur von ihm die Aufträge entgegennehmen, während ihm selbst freie Hand gelassen wurde.

Alle Hilfsmittel sollte er aber von der Partei erhalten.

und es sei ihm auch gesagt worden, daß er eventuell nicht vor Gericht zurechnen dürfe. Bei einer eventuellen Verhaftung werde sich die Gruppe damit abfinden müssen, daß

die Partei von ihr abtrübe und sie in der kommunistischen Presse als gemeine Verbrecher hinstelle.

In Tätigkeit sei die Gruppe aber nicht getreten. Aus Berlin seien Waffen, Sprengstoffe und Gift angeliefert, aber nicht abgehandelt worden, weil inzwischen die Reichswehr in Sachsen eingerückt sei. Diese Partisanenorganisation sei im Laufe der Zeit über ganz Deutschland verbreitet worden. Eine Zentrale habe sich im Politischen Bureau der Partei, deren Leiter Ulrich war, befunden. Beim Einmarsch der Reichswehr sah Poegel und begab sich mit dem schärfsten

Finanzminister nach Dresden, wo er Brandt als „Mächtiger Genosse“ vorgestellt und von diesem an Kleine verwiesen wurde. Dieser ernannte ihn zum Kontrollkommissar des militärischen Apparates und unterstellte ihm dem Hansl, dem jetzigen Angeklagten Neumann.

Poegel machte nach seinen Angaben in diesem Protokoll eine Kontrollreise in das Ruhrgebiet, wo er feststellte, daß alle Sekretäre und Redakteure der Partei militärisch tätig waren. Vor ihm hatte Stoeder schon eine Kontrollreise unternommen, und er traf mit diesem dann in Düsseldorf in einer militärischen Sitzung zusammen.

In langen Ausführungen ist dann in dem Protokoll die Tätigkeit Poegels in Stettin, seine Zusammenkunft mit verschiedenen kommunistischen Führern des dortigen Bezirks geschildert. In Stettin konnte man Poegel aber nicht gebrauchen und schickte ihn wieder nach Dresden zurück. Von dort schickte ihn Neumann nach Weimar zum Staatsrat Dr. Neubauer, der der kommunistische militärpolitische Oberleiter des Bezirks Mitte (Sachsen-Thüringen) war. Bei Neubauer fand Poegel einen Russen mit dem Decknamen „Alfred“ vor, der besonders militärische Aufträge zu haben schien. Er hatte eine Ausstellung über Sprengstoffe und Waffen bei sich und stand in engem Zusammenhang mit dem Waffenaufkäufer Pfaff in Jella-Mehlis.

Die Verteidiger beim Justizminister.

Heute vormittag haben sich die Rechtsanwälte Reichstagsabgeordneter Dr. Kurt Rosenfeld, Dr. Wolf-Düffeldorf und Dr. Marschner-Leipzig zum Justizminister begeben, der den Herren mitgeteilt hatte, daß er sie um 12 Uhr empfangen werde, um von ihnen einen Bericht über die Vorgänge der Dienstag-Sitzung im Leipziger Tscheka-Prozess entgegenzunehmen. Inzwischen hat auch das Gericht selbst dem Reichsjustizministerium eine Darstellung des Zwischenfalls überandt, so daß der Minister bereits in der Lage sein dürfte, sich aus beiden Schilderungen ein Bild der Vorkommnisse zu machen. Im übrigen muß ausdrücklich betont werden, daß auch die ausdrücklich nach Berlin gekommenen Leipziger Verteidiger sich keineswegs für die Person des Rechtsanwalts Dr. Samter einsetzen, dessen Vorgehen in der Erklärung der Gesamtverteidigung bereits hinreichend gekennzeichnet wurden, sondern daß sie lediglich aus prinzipiellen Gründen dagegen protestieren, daß es einem Gericht möglich sein soll, den Rechtsanwalt an der Ausübung seiner Tätigkeit als Verteidiger zu behindern.

Die Krankheit des Reichspräsidenten.

Fortschreitende Besserung.

Reichspräsident Ebert hat die schwere Operation außerordentlich gut überstanden. Abgesehen von einem ganz leichten Morgenfieber ist er vollständig fieberfrei. Die Krankheit nimmt einen normalen Verlauf. Angesichts der Tatsache, daß der Reichspräsident seit längerer Zeit gallensteinleidend ist, erklärt Geheimrat Bier das Befinden des Präsidenten als äußerst zufriedenstellend.

Auslandstimmen über Eberts Erkrankung.

Paris, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Meldungen vom zufriedenstellenden Befinden des Reichspräsidenten Ebert werden in Paris, namentlich von der Linkspresse, mit Genugtuung verzeichnet. Einzelne Blätter bringen längere Artikel über Ebert. So erinnert der „Quotidien“ daran, daß Ebert während des Krieges, obwohl er der festen Ueberzeugung war, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führe und er viel dazu beigetragen habe, die Sozialdemokratie bei der Stange zu halten, doch stets für den Abschluß eines Verständigungsfriedens eingetreten sei. Von der Nationalversammlung zum Präsidenten der Republik gewählt, habe er, getreu dem gegebenen Wort, seinen proletarischen Ursprung und seine sozialistische Gesinnung nicht verleugnet, zugleich aber sein hohes Amt mit einer über den Parteien stehenden Gerechtigkeit und Unparteilichkeit ausgeübt. Trotz der von Jahr zu Jahr schwerlicher gewordenen Lage in Deutschland, trotz der fortschreitenden Schwächung der Linksparteien habe Ebert, ohne jemals seine Befugnisse zu überschreiten, es verstanden, den Nationalismus im Zaume zu halten, er habe alles getan, um zu verhindern, daß die Reaktionparteien die Regierung an sich rissen und bis zuletzt gegen die Bildung eines reaktionären Kabinetts gekämpft. In den sozialdemokratischen Kreisen diskutiere man darüber, ob es richtig gewesen sei, den Präsidentenposten der deutschen Republik mit einem Sozialdemokraten zu besetzen. Wie dem auch sei, man werde jedenfalls nicht leugnen können, daß der Mann, den die deutschen Republikaner gegen jeden Versuch einer Wiedereingebung der Monarchie aufgerichtete haben, in Ebert stets einen der festesten Pfeiler gehabt habe.

Brüssel, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialistische „Peuple“ beklagt die Erkrankung Eberts, weil durch sie die deutsche Republik in schwerster Zeit der Dienste eines ihrer wichtigsten und geschicktesten Verteidiger beraubt werde.

London, 25. Februar. (WTB.) Einige Blätter veröffentlichen aus Anlaß der Operation des deutschen Reichspräsidenten Bilder Eberts. „Daily Mail“ schreibt im ganzen keine Gekloppt werden, daß Ebert als Präsident ein Erfolg gewesen sei. Mit beharrlicher Klugheit habe er versucht, das Staatschiff einen militärischen Kurs zu steuern. Sonst das Magdeburger Urteil habe Eberts Stellung nicht ernstlich erschüttert, aus dem einfachen Grunde, weil große Massen gemäßigter Leute in ihm die beste Gewähr läßen, um Deutschlands Staatschiff in ruhige Gewässer zu lenken.

Angriff auf das Reich.

Reichsfinanzhoheit und Länderforderungen.

Von Landeshauptmann Dr. Caspari.

In diesen Tagen wurde, von der Öffentlichkeit kaum beachtet, eine Entschließung der Finanzminister der deutschen Länder bekanntgegeben, die geeignet ist, das lebhafteste Interesse zu wecken. Diese Entschließung sagt in ihrem wesentlichen Teil folgendes:

„Die in dem Referentenentwurf des Reichsfinanzministeriums vorgesehene Neuregelung bringt eine weitere untragbare finanzielle Verschlechterung für Länder und Gemeinden und trägt dem anerkannten Grundsatz der Trennung der Steuerquellen in keiner Weise Rechnung.“

Die Länder sind übereinstimmend der Auffassung, daß ein endgültiger Finanzausgleich grundsätzlich nur dann möglich ist, wenn ihnen die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer mit Einschluß der Steuer vom Kapitalertrage nach Maßgabe eines Reichsrahmengesetzes voll zurückgegeben wird. Die endgültige Regelung des Finanzausgleichs soll zu einem möglichst frühen Zeitpunkt, wenn irgend anständig mit Wirkung vom 1. April 1926 ab erfolgen. Die endgültige Stellungnahme zur Frage der Rückgabe der Finanzverwaltung bezüglich der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer auf die Länder und Gemeinden bleibt vorbehalten. Die Mehrzahl der Länder fordert diese Rückgabe.“

Die hier erhobenen Forderungen der Länder laufen auf nichts mehr und nichts weniger als auf eine Zurückschraubung der Reichsfinanzgesetzgebung und Reichsfinanzverwaltung auf den Stand der ehemaligen Reichsverfassung heraus. Die Rückgabe der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Steuer vom Kapitalertrage heißt nichts anderes als das Reich auf die Zölle und die indirekten Steuern, also die Besteuerung des Massenkonsums, zu verweisen.

Scheinbar haben die Länder die schweren Kämpfe der früheren Zeit um die Sicherung des Finanzbedarfs des Reichs völlig vergessen. Der alte Grundsatz: „die direkten Steuern den Einzelstaaten, die indirekten Steuern dem Reich“, hat in der Kaiserzeit zu den schwersten Konflikten geführt und das Reich in die schwierigsten Finanznöte gebracht. Glaubt denn wirklich der Finanzminister irgendeines deutschen Landes, daß das Reich in der Lage sein könnte, seine Lasten, insbesondere seine außenpolitischen Finanzverpflichtungen, zu erfüllen, ohne im Besitz der vollen Finanzhoheit zu bleiben? Soll das Reich etwa wieder zu einem Kostgänger der Länder herabgedrückt werden, und sollen wir wieder den Kampf um die Matrularbeiträge erleben?

Der Kampf gegen die Erzbergerische Finanzreform geht seit Jahren. Mit der Tatsache, daß die Uebertragung der direkten Steuern auf das Reich zweifellos ein starker Schritt zum Unitarismus war, hat man sich in den Ländern nicht abfinden wollen. Die Finanzreform von 1919/20 hat ohne Zweifel eine Beeinträchtigung der den Ländern gebliebenen Selbständigkeit gebracht. Aber andererseits war und ist sie staatspolitisch die stärkste Klammer zur Erhaltung des Reichs, zur Erhaltung seiner Staats- und Finanzhoheit, soweit nach dem Versailler Vertrag hiervon überhaupt noch zu reden ist.

Daß damit die Länder in eine finanzielle Abhängigkeit vom Reich gerieten, war eine unvermeidliche Folge; aber sie war immer noch das bei weitem geringere Uebel gegenüber der Gefahr des Auseinanderfallens des Reichs. Eine einheitliche Reichsfinanzgesetzgebung, die sich in allen Ländern gleichmäßig auswirkt, und eine einheitliche Reichsfinanzverwaltung sind wahrscheinlich stärkere Mittel zur Erhaltung des Reichs gewesen, als kleingeistiger Partikularismus, der bedauerlicherweise aus mancher Zeile der Entschließung der Finanzminister der Länder spricht. Man kann nur sagen, daß die Forderung der Finanzminister der Länder in Anbetracht der Lage des Reichs, in Anbetracht seiner außenpolitischen Verpflichtungen und gegenüber dem dauernden Druck gewisser ausländischer Stellen auf Absprengung lebenswichtiger Gebiete des Reichs geradezu unverstänglich und unverantwortlich ist.

Vor der Finanzreform 1919/20 gab es im Reich keine einheitliche Besteuerung des Einkommens. Es ist bezeichnend, daß die Forderung der Finanzminister der Länder in der eingangs wiedergegebenen Schärfe zu einem Zeitpunkt erhoben worden ist, in dem in einem großen Teil deutscher Länder der sozialdemokratische Einfluß in der Regierung stark zurückgedrängt, wenn nicht ausgeschaltet worden ist. Es mag sein, daß man in manchen Länderregierungen den Zustand der ungleichmäßigen Einkommenbesteuerung, wie er früher bestand, wieder herbeiführen will, und man wird in diesem Gedanken bestärkt, wenn man liest, daß zwar nicht die Gesamtheit, aber doch die Mehrzahl der Länder auch die Rückgabe der Finanzverwaltung und der Körperschaftsteuer auf die Länder und Gemeinden gefordert hat.

Man wird vielleicht entgegen, daß die Forderung der Finanzminister auf Rückgabe der Einkommen- und der Körperschaftsteuer und der Steuer vom Kapitalertrage zu den hier gezogenen Konsequenzen nicht unbedingt führe, da ja die Bezugnahme auf ein Reichsrahmengesetz auch die Möglichkeit der Festsetzung von Reichstarifen für diese Steuern in sich schließt. Aber schon die Tatsache, daß der hier beachtliche Schritt zur Rückwärtsrevolverung der

Reichsfinanzgegebung und zur völligen Ausschließung der Reichsfinanzverwaltung über kurz oder lang zu den angebotenen Konsequenzen führen kann, genügt, um mit aller Kraft dem Länderverlangen zu begegnen.

Die Frage, wovon das Reich leben soll, wie das Reich seine gewaltigen, als Folgen des verlorenen Krieges zu tragenden Ausgaben bestreiten soll, haben die Länder offen gelassen. Wenn man aber in den Länderregierungen glauben sollte, die dem Reich obliegenden Lasten einschließlich der Reparationslasten könnten durch indirekte Steuern, also eine Besteuerung des Massenkonsums, aufgebracht werden, so zeugt dies von einem Mangel an politischem Augenmaß, den ich selbst dem in stärksten partikularistischen Gedankengängen befangenen Minister irgendeines Landes nicht zutrauen möchte.

Nebenbei noch eine Frage: Die Mehrzahl der Länder fordert auch die Rückgabe der Finanzverwaltung bezüglich der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer auf Länder und Gemeinden. Soll daneben etwa auch das Reich für die Erhebung seiner indirekten Steuern, was doch wohl unermesslich wäre, seine eigene Reichsfinanzverwaltung behalten? Und glaubt man, daß die Mehrheit des deutschen Volkes diese Vergeudung von öffentlichen Mitteln, die von ihr aufzubringen wären, mitzumachen bereit ist? Glaubt man weiter, daß die Finanzverwaltung, bei Ländern und Gemeinden geführt, besser funktionieren würde als beim Reich? Es muß doch gerechterweise anerkannt werden, daß, so sehr verständlicherweise die Finanzämter im Anfang ihrer Tätigkeit geföhrt, besser funktionieren würde als beim Reich? Es muß doch gerechterweise anerkannt werden, daß, so sehr verständlicherweise die Finanzämter im Anfang ihrer Tätigkeit geföhrt, besser funktionieren würde als beim Reich?

Nach dem Wortlaut der Entschliessung der Finanzminister der Länder sind diese übereinstimmend zur Forderung der Rückübertragung der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Steuer vom Kapitalertrage gekommen, also auch Preußen. Der „Amtliche Preussische Pressedienst“ verbreitete dieser Tage eine Mitteilung aus dem preussischen Finanzministerium, in der die Stellung der Finanzminister zu verteidigen versucht wird, die aber in Wirklichkeit an dem Kern des Problems vollkommen vorbeigeht. Während die Entschliessung der Finanzminister als ihr Kernstück die Forderung der Rückgabe der direkten Steuern auf die Länder enthält, spricht die preussische Auslassung im wesentlichen von dem Finanzausgleich als einem Verteilungsproblem. Es ist vom Standpunkt der Länder durchaus zu verstehen, wenn das preussische Finanzministerium ausführt, „daß das Verlangen der Länder verständlich erscheint, jeden weitergehenden Zugriff des Reichs auf die Erträge der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer mit Entschiedenheit abzulehnen“.

Die Klage des Bundes Preußen, daß ihm die bisherige Regelung des Finanzausgleichs nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung stelle, um ihm, den Gemeindeverbänden und den Gemeinden die Durchführung seiner Aufgaben, in Sonderheit auf dem Gebiet des Volksschulwesens, der Polizei, der Erwerbslosenfürsorge, des Wegebaus, der sozialen Fürsorge usw. zu ermöglichen, erscheint berechtigt, und es ist auch durchaus richtig, wenn die preussische Auslassung hervorhebt, daß „der Gedanke einer Schicksals- und Notgemeinschaft zwischen Reich, Ländern und Gemeinden in den Vordergrund zu stellen ist“.

Gerade wenn man dies aber anerkennt und in den Vordergrund stellt, ist das Verlangen der Finanzminister der Länder um so unverständlicher. Eine Entschliessung des Reiches von der Finanzhoheit auf dem Gebiet der direkten Steuern würde eine solche Notgemeinschaft zwingend zerschüren, würde zu einer übermächtigen Belastung der breiten Massen mit indirekten Steuern, zu einer un-

gleichmäßigen, Zustände früherer Zeit wiederherstellenden Einkommenbesteuerung, zu einer Lockerung des Gefüges des Reichs, wahrscheinlich auch zu außenpolitischen Komplikationen führen, d. h. letzten zu Folgen, die zwingend zu einer Abkehr von dem von den Ländern gewünschten Wege und in ihrer Auswirkung zu einer viel stärkeren Einschränkung der Länderhoheit führen müßten, als sie bisher noch bestehen. Was not tut, ist ein gerechter, auf die Dauer berechneter Finanzausgleich, bei dem den Ländern, den Gemeindeverbänden und den Gemeinden das gewährt werden muß, was sie zur Durchführung ihrer Aufgaben gebrauchen. Ein Weg zu einem verständigen Finanzausgleich ist aber nicht das Unternehmen, die Finanzhoheit des Reiches, eine der bedeutendsten Errungenschaften der Nachkriegszeit, leichtfertig zu zerbrechen.

Die Thüringer Wahlen. Nur geringe Verschiebungen.

Weimar, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Ergebnisse der letzten Thüringer Kreis- und Gemeinderatswahlen haben eine kleine Änderung gegenüber dem früheren Bestehenden der Parteien gebracht. In den Stadtkreisen waren früher 139 sozialdemokratische und kommunistische Vertreter gewählt, in dieser Wahlperiode werden die Linksparteien mit 136 Sitzen vertreten sein. Die Bürgerlichen einschließlich der Demokraten, die früher 169 Sitze zählten, werden jetzt bei den Stadtkreisen 174 innehaben. In den Landkreisen ist ebenfalls eine kleine Verschiebung eingetreten. Die Linksparteien, die früher 97 Sitze innehaben, werden diesmal 87 besitzen. Die Bürgerlichen einschließlich Demokraten, die früher 119 Sitze besaßen, werden jetzt 137 einnehmen. Nicht einbezogen in diese Zusammenstellung sind die Ergebnisse aus den kreisfreien Städten.

Diese Zusammenstellung des amtlichen Bureaus illustriert den angeblich glänzenden bürgerlichen „Sieg“, von dem die Rechtspresse faselt. Die Verluste der „Linken“ bestehen in erster Linie in Verlusten der Kommunisten, außerdem ergeben sie sich daraus, daß Wahlergebnisse von 1925 denen von 1921 gegenübergestellt werden. In Wirklichkeit zeigen diese Wahlen, daß der sozialdemokratische Einfluß nach der starken Erschütterung des Inflationsjahres unaufhaltsam im Wachsen ist und daß dieser Entwicklungsprozess, der bereits bei den Dezemberwahlen sich bemerkbar machte, durch keine Hege, selbst nicht durch die Barmathege, aufgehalten werden kann.

Abschied der Oesterreicher.

Ein Nachklang des Reichsbannertages.

Magdeburg, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Unsere Stadt hat am Dienstagabend noch einmal eine gewaltige und erhebende Kundgebung für Republik und Freiheit erlebt. Die Oesterreicher verließen als letzte Gäste des großen Reichsbanner-Bundestages die Stadt unter stürmischen Ovationen fast der gesamten Bevölkerung, die schwarz und dicht die Straßen säumte. Sämtliche Abteilungen des Magdeburger Reichsbanners waren aufmarschiert und gaben den Bundesbrüdern aus Oesterreich das Geleite; dazwischen vereinigte 200 Mann starke Musikkapelle der Magdeburger Ortsgruppe, dann inmitten eines geordneten Zuges von rund 8000 Reichsbannerleuten die Oesterreicher, stürmisch begrüßt von der riesigen Menschenmenge. In der Nähe des Bahnhofes wurde das Gebränge geradezu bedäunend. Auf dem großen Bahnhofsvorplatz standen die Massen Kopf an Kopf, ebenso auf dem Bahnsteig selbst. Als nach dem Einlaufen des Zuges diesem zur Aufnahme der Oesterreicher ein Sonderwagen angehängt wurde, war er von der begeisterten Menge im Ru mit Girlanden und schwarzrotgoldenen Fahnen geschmückt. Unter Fahnenwehen und den Klängen der Reichsbannerkapelle rollte der Zug aus der Halle und trug die österreichischen Gäste ihrer Heimat entgegen. Die Oesterreicher werden in ihrer Heimat nicht erzählen von einer „kühl abklingenden Haltung der Bevölkerung“, wie es eine verlogene Bericht-

erstattung der monarchistischen und kommunistischen Presse hinstellen sollte, sondern von einem gewaltigen republikanischen Erleben im Herzen der deutschen Republik.

Der Eindruck der Reichsbannertagung in Amerika.

Frankfurt a. M., 25. Februar. (Rth.) Wie der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet wird, haben die Magdeburger Reichsbannerdemonstrationen in New York einen starken Eindruck gemacht. Die „Times“ und die „Tribune“ berichten über sie in halbspaltenlangen Berichten, auch andere Blätter haben ausführliche Meldungen über die republikanische Kundgebung gebracht.

Kommunistischer Zerfall.

Die Erfolge der Bolschewisierung in der Tschechoslowakei.

Seit dem Novemberkongress der tschechischen kommunistischen Partei geht es in dieser einst großen Arbeiterpartei drunter und drüber. Die neue Parteileitung mit ihrer „Linken“ Mehrheit bemüht sich, dem Parteiführer und den Parteibürokraten, besonders dem Zentralorgan eine neue Richtung zu geben. Alle bisher öffentlich an führenden Stelle tätigen Kommunisten werden der Reihe nach von ihren Posten entfernt. Die in der ganzen Tschechoslowakei bekannten Führer, die die Partei eigentlich gegründet haben, Muna, Jabotocký und Schmerak wurden beiseite geschoben, die Führerin der Frauenbewegung, die gewandte und gebildete Journalistin Grimichová, wurde ihres Postens enthoben, da sie sich weigerte, in eine Auflösung der Frauenfunktion einzuwilligen. Fast täglich wechselten die Sekretäre und die jungen Leute, die auf Moskaus Anweisung an die Spitze der Partei gestellt waren, gaben sich alle nur erdenkliche Mühe, um zu zeigen, daß die Partei bereits „bolschewisiert“ sei. Nur eins haben diese Kommissäre nicht durchsetzen können: die Einführung des Zellenystems bei gleichzeitiger Auflösung der bestehenden Wohnbezirksorganisationen und die Einrichtung einer kommunistischen Gewerkschaftszentrale in der Tschechoslowakei, trotzdem die ihnen für die Durchführung dieses Auftrages gestellte Frist demnächst abläuft.

Bisher führten alle Versuche, die Arbeiterschaft an die linke Führung zu fesseln, fehl. Erst eine neue Teuerungswelle schien Gelegenheit zu einem „revolutionären“ Aufmarsch zu geben. Während die sozialistische Partei bei der Regierung eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung und Wohnungsnot gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien erzwangen, hielten die Kommunisten es für angezeigt, Teuerungsdemonstrationen zu veranstalten, die den ausdrücklichen Zweck hatten, Zusammenstöße mit der Polizei herbeizuführen.

Diese Pläne mißlangten ihnen im ganzen Lande, mit Ausnahme von Prag, wo die Polizei dumm genug war, den Kommunisten auf den Leim zu gehen. Hier kam es wirklich zu einem Zusammenstoß; 50 Polizisten und 15 Demonstranten wurden verwundet. Den am Kampfpfahne intervenierenden kommunistischen Abgeordneten sagte nachher der Polizeikommandant, daß diese Zusammenstöße sich hätten vermeiden lassen, wenn die Abgeordneten an der Spitze des Zuges marschiert wären. (Wozu sie nach § 14 der 21 Bedingungen eigentlich verpflichtet waren.) Der kommunistische Generalsekretär begab sich jedenfalls nach geschehener Heidenat in eine bekannte Weinkneipe und feierte den Sieg.

Die erste Prager Kreisorganisation hatte die Demonstrationsanordnung außer Acht gelassen und beteiligte sich nicht an der Durchführung. Es stellte sich sogar heraus, daß der Kreisobmann, der Abgeordnete Bubnik eine Aktion zum Sturz der neuen Parteileitung unternahm, dabei soll er sich geduldet haben, er werde selbst Moskau nicht weichen. Die Parteileitung kam diesem Komploit zu spät auf die Spur. Bubnik gelang es, mit den Organisationen im Lande in Verbindung zu treten und Kreisorganisationen, Sekretäre und einflussreiche Personen auf seine Seite zu ziehen. Wertwürdigerweise handelt es sich dabei um die Hochburgen des Kommunismus im Kadno und Brünn.

Die Parteileitung hat daraufhin Bubnik ausgeschlossen und das Sekretariat des ersten Kreises in Prag mit Gewalt befehligt, den Sekretär hinausgeworfen und die Kreisorganisation, von der man genau wußte, daß sie sich auf die Seite Bubniks stellen würde, auf unbestimmte Zeit verlagert. In der Zwischenzeit wollen die

Vorstadt.

Von Willi Birnbaum.

In Innern der Stadt ist der Fluß schmal, durch hohe Mauern eingedämmt. Häuser, Fabriken, Straßenzüge drängen sich dicht heran. Halbhohe Gitter nur sind die Wand. Der Fluß ist hier ausschließlich Zweckgebilde wie alle die anderen Verkehrsadern pulsierenden Großstädte. Raum, daß er weiterfließt. Schmutzgrün das Wasser. Die Menschen hasten an ihm vorbei. Nur wenn hier und dort Köden in eleganten Flügen über dem Fluße treiben oder Wildenten an Brüden das Wasser beleben, bleiben Großstädter zuweilen stehen, schauen das alles gleich einem Wunder.

Weiter draußen aber, wo die Stadt sich lockert, Vorstadt anhebt, weicht erdrückende Enge. Die Dämme werden niedriger, schwinden schließlich stellenweise schon ganz. Nur zahlreiche Fabriken liegen noch immer dicht an langgestreckten Ufern. Aber schon schließen sich Bootshäuser, Gartenlote, Parklinden, vereinzelte Landhäuser, Laubengänge, Sport- und Badelächen dazwischen. Die Straßenzüge liegen abgedrängt vom Ufer.

Ihre Reihen weisen noch zahllose Lücken auf. Ganze Flächen bebauungsreifen Geländes hatten seit langem der Bestimmung Kleingärten sind allenthalben angelegt. Da stehen nun die armstigen Brettergehäuse, mit Mühe und viel Opfern errichtet, wüste Sandflächen, mit unentbehrlichem Schweiß zu fargem Ertrag gezwungen, zu hüben ihrer hochaufgeschlossenen, engbrüstigen, grauen, steinernen Schwestern. Dreistöckigen Mietkasernen mit allerlei „Puh“ und „Zierat“ an Fassaden und Dächern. Puh und Zierat ist bei vielen Häusern losgerüttelt. Sie schauen sich dann wie trankne Gebilde an. „Alterschwächerecheinungen“ bei kaum zwanzigjährigen.

Wie ein Fremdkörper hat sich dazwischen eine Kleinhausiedlung Raum geschaffen — ein einfacher, schmuckloser Reihenblock, im Rechteck gebaut. Inmitten ein großes Gartengelände mit winzigem Spielplatz nur für die Jugend. Die Grenzpfähle hat auch hier ein Jeder möglichst weit gesteckt. Was bedeutet nicht schließlich kleinen Menschen Licht, Luft, Raum für die Jugend gegen ein paar Kohlrabipfote mehr?

O, es gibt aber so viele stille Straßen noch hier draußen, die mit schönstem Kopfplaster besetzt, von kaum einem Dutzend Führerwerken den Tag über befahren werden, wo Kinder in Anzahl sich tummeln. Die armsten Viertel weisen auch hier die kinderbedürftigsten Straßen auf. Es sind fast ohne Ausnahme kleine, hohlwangige, Masse Geschöpfe mit frühreifen Augen. In engbewohnten Behausungen schauen sie sicherlich schon gar zu viel der Sorge, der Weil der Erwachsenen.

Große Backsteinbauten mischen sich in das graue Einerlei der Mietkasernen — die Schulgebäude. Sie sind ungewöhnlich groß, in weiteres Wahrzeichen großen Kinderreichtums. Und doch auch hier wieder der bewegende Eindruck — wie bei den Häusern! — der „Kasernen“. Gar so vielstöckig und ausladend sind die roten Bauten und innen so arm an belebenden, frischen Farben Klare und talkende, nüchtern weigrüne Klassenzimmer mit immer wiederkehrender militärisch strenger Reihung der Bänke, fast ohne Bildmuck viele, seit die Potentaten- und Kriegsstimmungsbilder schwindmisten.

Man begreift, daß aller Farbenstun des Kindes mächtig doch sicher in dieser Welt absterben muß.

Doran ändern auch nichts die lichtgelben Ziegelbauten der zahlreichen an Hauptstraße und Spree sich hinziehenden Fabrikanlagen. Große Bauten sind's, umfassen aber noch als die Schulgebäude. Tausende und Abertausende müder, blasser, ausgemergelter Gestalten strömen täglich durch die großen, eisernen Tore, Männlein und Weiblein. Wie viele Mütter sind's neben jungen, kaum entflohpnen, schnell verblühenden, jungen Mädchen?

Tag und Nacht wird hier gearbeitet. Der Qualm der vielen Schloten gibt Zeugnis davon. Rauch der Essen liegt über Häusern und Gassen, strömt sich in die Lungen, unmerklich fast in dieser Welt der Gewohnheit.

Bei Abend aber, wenn all die bunten und weißen Lichter an Brücken und Fabrikschern aufflammen, spiegelt's sich im glatten Dunkel des Wassers viel hundertfältig, Umriss von weitausgreifenden Krananlagen, Werkgebäude, deren weißläufige Fensterfronten erleuchtet sind, erstehen aus dem Halbbunkel. Es bleibt der wichtige Eindruck der Stätte der Arbeit. Dahinter liegt dann Vorstadt in Nacht.

Nur der eiserne Rhythmus der Arbeit bleibt sieghaft!

Zum Thema Arbeiterkabarett.

An dieser Stelle wurde neulich eine Kritik mit den Worten beendet. Schafft ein Arbeiterkabarett! Diese — einmal auch schon mit wenig Glück vermittelte — Forderung ist alt, heute aber doch besonders dringend. Die Dringlichkeit ist eine geistige, politische und wirtschaftliche.

Die Dringlichkeit ist eine geistige: Das Kabarett bietet einer großen Menge künstlerischer Schöpfungen die einzig mögliche Vermittlung zum Publikum. Das Kabarett ist eine durchaus unproblematische Angelegenheit, stets darf es Publikum und Künstlern nur eine lustige und bunte Spielbude sein oder wenigstens scheinen. Merkt man, wo's heiter ist, eine Absicht, so wird man verstimmt. Die meisten Menschen stehen heute der „höheren“ modernen Kunst ohne das notwendige Verständnis gegenüber, mehr noch: sie ist ihnen fremd. Diese hier nicht näher zu erörternde Tatsache ist beklagenswert, aber traurig würde es sein, wenn sie nur beklagenswert wäre. Sie hat ja das ungeheure Plus für sich, auf die moderne „Kleinkunst“ hinzuweisen; die wird verstanden, die wird geliebt, die interessiert, die begeistert sogar — was alles die Praxis beweist. Und sie wird auch eine der Brücken sein, die alle wieder zu jenen Quellen führen, die ewig allen gehören — was die Praxis noch beweisen wird. (Ueber den Sprechchor als einen anderen, ganz anderen Weg wurde hier kürzlich schon gesprochen.) Außerdem hat natürlich diese Kleinkunst ihren vollen Wert in sich. Um 1890 gekette man das Morfche mit den Mitteln des Naturalismus und, wie der Theaterfanal bei der Premiere von „Der Sommeraufgang“ z. B. bewies, wurden die Hiebe geföhlt. 1925 bedarf es stärkerer Lobes: mit Ironie und Satire muß das moderne Kabarett arbeiten, wenn es seine Aufgabe erfüllen will.

Diese Aufgabe ist nicht nur Schaffung einer guten Unterhaltung — das ist wichtig, genug. Diese Aufgabe ist auch eine politische — das ist heute jedenfalls ebenso wichtig. Es genügt

nicht, zu sagen, trotz aller Blamagen fühlen sich die Führer der Reaktion so mächtig, weil es so viel Dumme gibt. Es ist vielmehr nötig, die Werkzeuge zu ergreifen, mit denen diese Dummen erst verdrillt werden sind. Der Werkzeuge gibt es viele, das Kabarett ist eins davon. Entschieden republikanisch und entschieden sozialistisch soll das neue Arbeiterkabarett sein, weil wir die Erziehung zur Republik und zum Sozialismus für eine sehr ethische Tendenz halten. Muß denn die Republik so tolerant sein, daß ihr jeder auf der Nase herumtanzen kann? Verdient die Klasse nicht häufiger just das, was rechts und links der Republik passiert? Die Klasse! Sieht sie so sicher, wie sie verdient ist, wird sie bestimmt stärker wirken als Münchener und Rostauer Böbelton. Sollte das dann die Ueberredeten und die Ueberredeten anregen, Geisteswaffen in Zukunft gleichfalls weniger klobig auszuwählen — um so besser. Sollte sie aber — und das soll sie — noch mehr unter den Proletariaten den Gedanken verbreiten: Wir lieben vereint, wir lassen vereint, wir haben alle nur einen Feind: System Ludendorff und Stinnes — noch besser.

Von der wirtschaftlichen Dringlichkeit braucht nicht näher gesprochen zu werden, sie liegt klar auf der Hand. Auf beste Unterhaltung hat auch der Proletarier ein Recht, doch dieses selbstverständliche Recht schügt ihn nicht vor dem üblichen Zustand, daß heute im allgemeinen beste Kunst nur gegen bestes Geld zu haben ist. In bezug auf das Kabarett stimmt das ausnahmslos, einige Unternehmer könnten sich möglichen, billig sein kann, wie die Dinge hier liegen, auch der Sozialist nicht.

So muß es aber sein: Eintritt außer Sonnabend und Sonntag frei. Bier gibt es — leider! — zu trinken, Kaltes und Warmes preiswert zu essen. Und dort muß es sein, wo Arbeiter wohnen! Das Programm: Politische Revuen, nette, kleine Sketchs, satirische Lieder und „Sprüche“ — Verfasser hierfür gibt es „noch und noch“, denn alle, alle sind sie links — Tänzer, Tänzerinnen und etwas Literatur. Und wer wird's machen und jeden Dissertantismus in künstlerischer und technischer Organisation vermeiden? Wir schlagen vor und hoffen: die Volksbühne.

Spielplanänderung. Im Deutschen Obernhaus gelangen anstatt der „Freiheits“-Vorstellung am 1. März, 6 Uhr, zu ermäßigten Preisen „Die Meisterlinder von Nürnberg“ zur Aufführung.

Vortrag Baluchet. Der zweite Vortrag Prof. Baluchet über Proletariat und Kunst im Rahmen der Veranstaltungen der Volksbühne e. B. findet am 28. Februar, abends 8 Uhr, im Hörsaal des Kunstgewerbe-Museums, Prinz-Albrecht-Str. 7a, statt. Einladkarten (M. 0,50) am Saaleingang.

In der Berliner Sektion findet am 3. März ein Vortragabend statt, an dem die Münchener Dichterin Ilde Stiller eigene Dichtungen vorträgt und der Regisseur Kurt Felix Gedichte von Rilke, Werfel und Rudolf Borchard sprechen wird. Karten bei Votz u. Soth.

Wilhelm von Scholz wurde von der Buchhandlung H. W. Paetz eingeladen, in ihren Räumen aus eigenen Werken vorzulesen. Der Vortrag dürfte Anfang März stattfinden.

Der internationale Materialkongress, der ursprünglich für das Frühjahr 1925 geplant war, wird erst am 4. 5. und 6. Oktober d. J. in Rom tagen. Durch die Verlegung des Zeitpunktes soll auch den Vertretern entlegenerer Länder Gelegenheit gegeben werden, an dem Kongress teilzunehmen.

Rostauer Kommissare gegen alle der Unbotmäßigkeit verdächtigen Elemente mit Schärfe vorgehen.

Der rechte Flügel unter Schmerals Führung hatte seine Hoffnungen auf Trostis Sieg in Rostau gesetzt. Schmeral sieht sich aber in dieser Hoffnung getäuscht und läßt infolgedessen den Dingen ihren Lauf. Dieses Verhalten wird aber von seinen Gefolgsgegnern nicht gebilligt. Die Folge ist, daß eine ganze Reihe von Bezirken sich gegen die Prager Leitung und gegen Rostau auflehnen. Der jetzt ausgebrochene Kampf wird dadurch verschärft, daß auch die selbständigen kommunistischen Gewerkschaften sich weigern, den Anschlägen die Rote Gewerkschaftsinternationale zu vollziehen. So ist die ganze kommunistische Partei in vollem Aufruhr, es kann kein Zweifel sein, daß sie unter der Wirkung dieser Kämpfe ihren echten Einfluß verliert.

Wie weit die Dinge in der Tschechoslowakei bereits gediehen sind, zeigen die neuesten Nachrichten:

Am Freitagabend fand im Brünner Arbeiterhaus eine Versammlung der kommunistischen Vertrauensmänner statt, welche mit allen gegen eine Stimme einen scharfen Protest gegen den Ausschluß des Abgeordneten Buhnik aus der Partei beschloß. Die Konferenz sprach sich weiter dafür aus, daß der auf Befehl Moskaus eingesezte Chefredakteur B. Burian von seiner Stelle befristet werde.

In der Nacht von Freitag auf Samstag wurde dieser Beschluß durchgeführt: Vertrauensleute der Arbeiterschaft begaben sich in die Redaktion der „Koonost“ und warfen Burian heraus.

Die „Koonost“ vom Sonnabend früh teilt der Arbeiterschaft die Einsetzung der neuen Redaktion mit. Sie bittet die Leser um Entschuldigung, daß ein Teil des Blattes noch von der alten Redaktion hergestellt wurde, kündigt aber an, daß in Zukunft das Blatt im neuen, der Gesinnung der Brünner Arbeiterschaft entsprechenden Sinne geführt werden wird. Die Brünner Arbeiterschaft stimmt mit den blindgehörnden Rostaubauern nicht überein. In Brünn hat diese Palastrevolution innerhalb der kommunistischen Partei großes Aufsehen und in der Arbeiterschaft Befriedigung hervorgerufen. An die Spitze der Opposition gegen die Prager Führung hat sich der Direktor des Arbeiterkonsumvereines „Byajemnost“ Kowanda gestellt, der auch juristisch der Herausgeber der „Koonost“ ist, so daß die kommunistische Parteileitung in Brünn über kein journalistisches Sprachrohr mehr verfügt.

Nach einer Beratung mit seinen weltböhmisches Anhänger hat Abgeordneter Warmbrunn den Austritt aus dem kommunistischen Abgeordnetenklub vollzogen. Warmbrunn teilte dem Präsidium des Abgeordnetenhauses mit, daß er aus dem Klub der kommunistischen Abgeordneten austrete und weiterhin außerhalb aller Abgeordnetenklubs verbleibe. Der kommunistische Abgeordnetenklub äußert sich überhaupt nicht zu diesen Vorgängen. Der Umstand, daß er sich in heftiges Schweigen hüllt, kann aber nur schwer die Tatsache verdecken, daß im Abgeordnetenklub eigentlich eine rechte Mehrheit besteht. Nur der Freigeist Emerals, der es noch immer nicht wagt, hervorzutreten, ist es zuzuschreiben, daß sich der Abgeordnetenklub nicht offen gegen die Parteileitung wendet. Der Abgeordnete Roucel ist ebenfalls entschlossen, den Abgeordnetenklub zu verlassen. Im Zusammenhang mit all diesen Ereignissen steht wohl auch die Resignation des kommunistischen Abgeordneten Touzill auf seine Mitgliedschaft in der Prager Zentralvertretung. Er sowie drei andere kommunistische Abgeordnete wollen ebenfalls den kommunistischen Abgeordnetenklub verlassen.

Abgeordneter Buhnik will sich dem Diktate der Minderheit nicht ohne weiteres fügen. Er will gegen die Ausschließung aus der kommunistischen Partei an den Parteitag rekurrieren.

Die skandinavischen Eismörlauer.

Kopenhagen 24. Februar. („Frankf. Ztg.“) Die Kommunisten in den vier skandinavischen Ländern haben sich als „Skandinavische Kommunisten-Separation“ zusammengeschlossen, um Propagandisten auszuwechseln und dadurch erhöhten Einfluß zu gewinnen.

Strefemann der Beschränkte.

Er klagt in einem Fort.

Köln, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wir berichteten bereits in diesen Tagen, daß gegen zwei Redakteure unseres Kölnert Parteiblattes gegenwärtig Ministerklagen laufen. Strefemann allein hat nicht weniger als drei Beleidigungsprozesse gegen unser Kölnert Parteiblatt angestrengt. Der erste dieser Prozesse soll am 19. März vor dem Kölner Schöffengericht verhandelt werden. Strefemann fühlt sich durch einen Artikel „Strefemann als Heilseher“ beleidigt, der während des letzten Reichstagswahlkampfes in unserem Parteiblatt erschien und die Parteikonstellation im neuen Reichstag behandelte. Besonders haben es ihm die Ausbrüche „Strefemännchen Außenminister rede man“, „Großer Strefemann“, „Strefemann, ein Gemisch von Staatsmannsgelue und Charakterlosigkeit“ und „Der Konjunkturpolitiker Strefemann“ angeht. Der angeklagte Redakteur, Genosse Trimborn, ist entschlossen, für die unter Anklage gestellten Behauptungen einen umfangreichen Wahrheitsbeweis anzutreten, so daß der demnächst in Köln zur Verhandlung kommende Prozeß außerordentliches Interesse gewinnt.

Die Quellen der Hehe.

Wie Material zustande kommt.

Im Preussischen Untersuchungsausschuß über die Barmat-Angelegenheit konnte man heute vorzüglich recht interessante Studien darüber machen, wie „belastendes Material“ entsteht. Es handelte sich um die Wohnungsangelegenheit des Herrn Barmat in Charlottenburg. Ueber diese Sache lag ein schriftlicher Bericht des Oberpräsidiums vor, gefertigt vom Referenten Regierungsrat Krüger, der die Wohnungsangelegenheit in äußerst abfälliger Weise darstellt. Nach der Verlesung dieses Berichts, die bereits in einer früheren Sitzung erfolgte, wollten die Deutschnationalen weitere Zeugenaussagen abdröhen, weil angeblich der Bericht schon alles belege. Es wurden aber schon damals grobe Unstimmigkeiten des Berichtes festgestellt.

Kun ergab am heutigen Vormittag die Vernehmung des Stadtschreibers Thiemer ein geradezu erschreckendes Bild über das Zustandekommen des Berichtes. Thiemer sagte aus, daß er von dem Regierungsrat Krüger in jeder Weise beeinflusst worden sei, ungenügend zu berichten. Krüger habe zunächst an ihn, den Zeugen, als „korrekten Beamten“ appelliert. Als der Zeuge aber nicht das sagte, was Krüger wünschte, sei er direkt umgeschlagen und habe ihn, den Zeugen Thiemer, durch die Drohung eines Disziplinarverfahrens einzuschüchtern gesucht. Dabei ist ein Disziplinarverfahren gegen Thiemer schon deswegen völlig ausgeschlossen, weil dieser in der ganzen Sache lediglich auf Anweisung seiner Vorgesetzten gehandelt hat. Nachdem in der mündlichen Vorbesprechung Thiemer bei seiner Darstellung verblieben war, habe Regierungsrat Krüger trotzdem in der protokollierten Niederschrift seine ungünstige Auffassung über den Fall durcharbeiten lassen. Der Zeuge hat jeden Satz des Protokolls beanstanden müssen.

Erst nach heftigen Auseinandersetzungen habe Krüger nachgegeben, aber die Formulierung sei gleichwohl in Ton und Ausdruck eine andere geworden, als der Zeuge es haben wollte. Auch seien wichtige Angaben und Formulierungen des Zeugen von Krüger aus dem Protokoll weggelassen worden. Krüger suchte auch aus dem Zeugen herauszubekommen, ob er vom Genossen Stadtrat Hirsch beeinflusst worden sei oder mit ihm vorher gesprochen habe. Als der Zeuge dies entschieden verneinte, sagte Krüger: „Wir können Sie das ruhig anvertrauen.“

Es wurden dann noch durch Vernehmung des Genossen Hirsch einige besonders traffe Dinge festgestellt. Aus einer Notiz, die der Genosse Hirsch verlas, geht hervor, daß Krüger wußte, daß der bei der Wohnungsfrage an sich zuständige Baurat Rüttner während der Barmatschen Wohnungsangelegenheit in Urlaub gewesen war. Trotzdem hat Krüger in seinem Bericht es als besonders auffällig bezeichnet, daß Rüttner nicht zur Unterschrift bei der entscheidenden Genehmigung mitherangezogen worden sei. Barmat hatte ferner für übergroßen Wohnraum eine Abstandssumme von 8000 M. in vier Raten zu 2000 M. zu zahlen. Er hat die ersten zwei Raten gezahlt, die dritte Rate, die am 1. Januar 1925 fällig war, ist nach Barmats Verhaftung angefallen, aber vom Wohnungsamt nicht angenommen worden. Trotzdem behauptet der Krügersche Bericht, daß Barmat mit der dritten Rate in Verzug geblieben sei und überhaupt nicht habe zahlen wollen.

Mit dem Krügerschen Bericht sind die Deutschnationalen wochenlang hantieren gegangen. Jetzt steht man, was dieser Bericht eines nützlichen Beamten wert ist!

Vorher war als Zeuge über die Honorarangelegenheit Dr. Rühle und Helwig

General a. D. von Livonius.

Aufsichtsrat und Berater im Michael-Konzern, vernommen. Er bekennt, daß anlässlich einer geschäftlichen Differenz zwischen Ruitser und dem Michael-Konzern die Staatsbank als Schiedsrichter aufgetreten sei und Dr. Helwig und Dr. Rühle als Schiedsrichter fungiert hätten. Der Hauptgläubiger war die Privat- und Handelsbank des Michael-Konzerns. Ruitser schlug zur Ausgleichung der Differenz ein Schiedsgericht durch Angestellte der Staatsbank vor. Nach anfänglicher Ablehnung wurde die Staatsbank schließlich als Schiedsrichter anerkannt. Während aber vor dem Schiedsgericht ist von einer Honorarierung der Schiedsrichter nicht die Rede gewesen. Aber jeder, der im Wirtschaftsbetrieb steht, weiß, daß Schiedsgerichte honoriert werden, und zwar verhältnismäßig hoch. Nach dem Schiedsgericht beauftragte Michael mich, die Frage der Schiedsgerichtsgebühren zu regeln.

Ich habe dann Herrn Michael den Satz von 200000 Mark für jeden Herrn vorgeschlagen. Bei dem recht hohen Objekt hätten sich bei genauer Ausrechnung ungefähr 56000 M. Gebühren ergeben, da es in Groß-Berlin üblich ist, in solchen Fällen dem Schiedsrichter die zwei- bis dreifachen Gebühren eines Anwalts in der Berufungsinstanz zu gewähren. Ich habe den Scheid der Herren überbracht und damit war die Sache erledigt. Persönlich habe ich mich darüber gefreut, daß ich den beiden Herren, die ich als absolut korrekte und höchst ehrenhafte Persönlichkeiten seit Jahren kenne,

einen rechtmäßigen Verdienst

überbringen konnte. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, er habe an den Vorverhandlungen nicht teilgenommen, könne also nicht sagen, ob die Staatsbank als Institut zum Schiedsrichter gewählt wurde oder ob die Herren Rühle und Helwig persönlich um diese Tätigkeit ersucht wurden.

Vors. Dr. Leibig: Haben die Herren nicht Bedenken wegen der Höhe des Honorars geäußert?

Zeuge v. Livonius: Herr Rühle meine wohl, das sei doch sehr viel. Er sagte das so, als wenn man einer Dame schöne Blumen schenkt und sie meint dann, das wäre doch zu kostbar. Vors.: Aber Sie nimmt sie doch. Zeuge: Jawohl. (Heiterkeit.)

Der Zeuge äußert sich weiter auf verschiedene Fragen dahin, das Honorar sei nach seiner Meinung nicht unverhältnismäßig hoch gewesen, denn die beiden Schiedsrichter hätten auch eine lange und anstrengende Arbeit zu leisten gehabt. Die Verhandlungen hätten zwei Tage in Anspruch genommen. Um die Unterlagen für die schwierigen Zinsberechnungen zu schaffen, hätten Unterbeamte der Staatsbank umfangreiche Berechnungen angestellt.

Abg. Dr. Babi (Soz.): Dann ist die weitausläufige Arbeit also von diesen Unterbeamten geleistet worden, die dafür keine Entschädigung erhalten haben? Ist es denn auch den Dienstvorschriften der Staatsbank zulässig, daß Unterbeamte zu solchen Diensten von höheren Beamten in Anspruch genommen werden, die in diesem Falle einen privaten guten Nebenverdienst treiben?

Staatsbankpräsident Schröder erklärt dazu, er erfahre jetzt erst von dieser Inanspruchnahme der Unterbeamten und werde nähere Erfundigungen einziehen.

Auf die Frage, ob dem Zeugen nicht bekannt war, daß die Herren Rühle und Helwig einen entscheidenden Einfluß auf die Kreditbewährung hatten, erklärt der Zeuge v. Livonius, für Michael hätten die Kredite der Staatsbank in jener Zeit gar keine Rolle gespielt. Die Honorierung der beiden Herren sei auch deswegen nicht besonders auffällig, weil in der Inflationszeit, wo die Beamten unumgänglich mit ihrem länglichen Gehalt auskommen konnten, die Ministerien und Behörden selbst verüßigt hätten, man solle jetzt im Gegenzug zu der Leistung der Vorkriegszeit den Beamten keine Schwierigkeiten bei der Uebernahme von Nebenverdiensten machen.

Abg. Dieß (Ztr.) betont, es sei auffällig, daß die Staatsbank, die an dem Streitfall Michael-Ruitser durchaus desinteressiert war, die Durchführung des Schiedsgerichts dadurch erleichterte, daß sie den bekannten Wechsel über 18 Millionen diskontierte.

Vors.: Uns interessiert lediglich das Honorar. Der Zeuge hat behauptet, daß vor dem Schiedsgericht von einem Honorar überhaupt nicht die Rede war.

Abg. Ruitner (Soz.): Durch wen ist der Gedanke in die Verhandlungen hineingebracht worden, daß die Staatsbank die Zahlung der Kapitalsumme durch Diskontierung des Ruitsterschen Wechsels übernehmen sollte?

Zeuge v. Livonius: Nicht durch die Partei Michael, das ist eine Einigung zwischen Ruitser und den Herren gewesen. Damit ist die Vernehmung des Zeugen beendet.

Rechtsparteien und Inflationsgewinnler.

Die kleinen Steuerpflichtigen mögen zahlen.

Die Reichsregierung hatte die Absicht, den Besitzenden noch vor der Erledigung der neuen Steuerordnungen ein kleines Geschenk zu machen. Sie regte im Steuerauschuß des Reichstags an, die Zahlungen auf die Vermögenssteuer, die im Februar und im Mai fällig sind, zu erlassen. Die Sozialdemokratie hat diesen Absichten ein brutales Nein entgegengesetzt, und man hat seitdem nichts mehr darüber gehört.

Auch das angekündigte Inflationgesetz der Rechtsparteien ist nicht erschienen. Die Ursache dafür liegt in dem Verhalten des Zentrums. Ohne das Zentrum ist eine Mehrheit für diesen Antrag nicht zu schaffen. Die Rechtsparteien traten deshalb an das Zentrum mit der Bitte um Unterstützung ihrer souveränen Pläne heran. Wie wir mitteilen können, hat das Zentrum seine Zustimmung davon abhängig gemacht, daß der Erlaß der Vermögenssteuer nur gewährt werde bei einem steuerpflichtigen Vermögen bis zu 50000 M. Das ist auch schon eine nette Summe. Denn wer am 31. Dezember 1923 50000 Mark als Vermögen anerkennen mußte, der ist nicht gerade ein armer Mann.

Da die Rechtsparteien ihren Antrag auf Erlaß der Vermögenssteuer mit dem Hinweis auf die Rot im Mittelstand begründet hatten, so hätte der Vorschlag des Zentrums eigentlich Gegenliebe bei ihnen finden müssen. Statt dessen wurde er scharf abgelehnt und es wurde der in Aussicht genommene Gehaltentwurf nicht eingebracht. Die Rechtsparteien haben damit auf das deutlichste ihre wahren Absichten gezeigt. Nicht Hilfe für die kleinen Vermögenssteuerpflichtigen war ihr Ziel, sondern für die großen. Und nachdem sie die Vergünstigung für die reichen Inflationsgewinnler nicht durchsetzen konnten, verzichteten sie sogar auf die erreichbare Hilfe für die Kleinen.

Aschermittwoch.

Heute ist Aschermittwoch! Die Feste und Feiern haben ein Ende, das große Fasten beginnt, und wer lange in katholischen Gegenden gelebt hat, der weiß, daß die Kirchenglocken schweigen und eine Art Klarrie die Stelle der Glocken vertritt. Der reuige Sünder tut Buße, streut Asche auf sein Haupt und lebt still und in aller Zurückgezogenheit. Am Rosenmontag und am Faschingsdienstag ist alle Lustigkeit noch einmal hoch aufgeflammt, sind Karnevalstänze und Uebermut überschäumend dahingerauscht. Jetzt ist alles dunkel, grau in grau. Rosenmontag, Fastnachtdienstag und Aschermittwoch — für die meisten Menschen in Norddeutschland und namentlich in Berlin sind das alles Worte ohne Bedeutung, sind das Tage wie alle anderen Tage auch. Ja, viele, die nicht zufällig in den Kalender gesehen haben, wissen nicht einmal, daß heute Aschermittwoch ist. Sie wissen und sehen nur, daß die, die es sich leisten können, weiter feste feiern, daß der sogenannte Karneval weiter tollt und tobt mit immer neuen Veranstaltungen, eine immer fader als die andere, mit immer neuen Bällen, einer immer banaler als der andere. Ob man sich dazu kostümiert oder im Frack und eleganten Ballkleid die Feste besucht, es bleibt dieselbe langweilige Rote und Rüance. Viele, die diese Bälle mit Leidenschaft und Ausdauer besuchen und höchstens einen gediegenen Rater von diesen Luftparteien mit nach Hause bringen, treibt weiter nichts als Verpostität in diese Stätten des Vergnügens, ein trampschaftes, aber vergebliches Bemühen, der eigenen Leere zu entfliehen.

Für die anderen aber, die große Mehrzahl, die weder in der Lage sind, solche Feste zu feiern, noch Lust dazu haben, bedeutet der Aschermittwoch erst recht nichts. Er ist für sie kein besonderer Tag und nicht der Anfang eines besonderen Zeitabschnittes. Für sie ist Aschermittwoch, ohne daß sie sich als äußeres Symbol Asche auf das Haar streuen. Für sie hat auch der Aschermittwoch keine Bedeutung nach der Richtung, daß nun das große, wochenlange Fasten beginnt. Fleisch, lebe wohl! Lange, lange ist es her, daß sie den Ruf haben auslösen müssen. Und so leben sie weiter und machen selten nur mit dem Fleisch als Nahrungsmittel Bekanntschaft. Ein ewiger Aschermittwoch, den nur die Hoffnung erträglich macht, daß auch für die Entertainer einst der Tag des Umsturzes kommen muß und kommen wird.

Um die proletarische Hundertschaft.

Ein Prozeß in Potsdam.

Vor der großen Potsdamer Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Westertamp wurde heute im Berufungsverfahren gegen die Teilnehmer an dem kommunistischen Aufbruch in Glinde verhandelt. Nicht weniger als 41 Zeugen sind zu dem Prozeß geladen. Der große Schwurgerichtssaal, in dem die Verhandlung stattfindet, ist durch Schutzpolizei unter Führung eines Offiziers gesichert. Auf der Anklagebank nehmen acht Glindeaner Einwohner, Mitglieder der kommunistischen Partei, Platz, die am 4. September v. J. vom Potsdamer Schöffengericht aus §§ 128 und 129 zu 2 bzw. 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Gegen das Urteil haben sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Angeklagten Berufung eingelegt.

Vor Eintritt in die Verhandlung beantragt der Anklagevertreter, Staatsanwaltschaftsrat Storgardt, den Ausschluß der Öffentlichkeit während der ganzen Dauer des Prozesses. Seinem Antrage wird vorläufig nicht stattgegeben. Im Oktober/November 1923 gab es in den Ostschichten Glinde und Bohnow in bedeutlicher Weise. Am Kriegserntmal versammelten sich kommunistische Trupps, zogen unter Umläufen aufregerender Reden und Schandrufen auf die Bandenführer durch die Straßen. Alle Anzeichen sprachen dafür, daß eine wohlorganisierte proletarische Hundertschaft bestand. Praktisch trat die Organisation demor, als sich in der Nacht vom 12. November die Nachricht im Ort verbreitet hatte, daß der junge Herr v. Raehner zwei Arbeiter schwer verletzt habe. Im Gruppen erschienen die Kommunisten auf der Straße, militärische Befehle wurden gegeben und in kurzer Zeit waren alle Eingänge durch kommunistische Postenketten in Glinde besetzt. Planmäßig ging die Führung vor. Ein Oberleutnant mit seinem Bataillon wurde schwer mißhandelt und vom Rade geschleift. Von der politischen Polizei in Berlin wurde als Sachverständiger Polizeirat Hennig beauftragt. Das Urteil ist erst in späterer Nachtstunde zu erwarten.

Schwerer Baunfall in Charlottenburg.

Bei einem Garagen-Neubau in der Kastanienallee in Charlottenburg stürzte aus bisher noch nicht aufgedeckten Gründen eine Wand zusammen und begrub mehrere Arbeiter unter sich. Während einige von den Berunglückten mit leichten Schürfungen und Verletzungen davonkamen, geriet Arbeiter Karl Baurow unter die Schuttmassen. Die herbeigeeilte Feuerwehr konnte ihn nur noch als Leiche bergen.

Feststellungen zu den Schlachthof-Diebereien.

Die Diebereien auf dem Schlachthofe, über die wir schon berichteten, beschäftigen immer noch die Kriminalpolizei. Durch die bisherigen Ermittlungen wurden 36 Personen festgestellt, die an den Diebstählen beteiligt sind, die Hehler nicht mitgerechnet. Die allermeisten haben nur kleinere Stücke und Fleischwaren entwendet und wurden vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt. Fünf Mann wurden bisher wegen größerer Diebstähle dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Noch nicht ermittelt ist ein Mann, der nur unter dem Spitznamen „der lange Hermann“ bekannt ist. Allem Anscheine nach war er der Haupttäter. Die bisher festgestellten Personen, Schlachthofgehilfen, Abträger und Arbeiter, haben zum Teil auch Diebstähle gestanden, die von den Restohlen gar nicht angezeigt worden sind. Es gewinnt beinahe den Anschein, als ob die ersten Nachrichten stark übertrieben worden sind.

Ferienheime für den deutschen Mittelstand.

Die Genossenschaft Deutsche Volkserholungsheime, Berlin C. 2, Poststr. 10/11, die in Gemeinschaft mit dem Volkstouristenverband arbeitet, besitzt Ferienheime für den deutschen Mittelstand in den schönsten Gegenden Deutschlands. Während Alexissbad im Harz, Eigersburg in Thüringen, Hosterwitz (sächsische Schweiz) und Josesstal am Schliersee den ganzen Winter über geöffnet sind, werden die übrigen Häuser in Saabe auf Rügen, Reubaus an der mecklenburgischen Ostseeküste, Heigoland, Willchenbruch bei Büneburg, Buchenhaus bei Münsberg (Niedersachsen), Lambach in Thüringen und Seebad Rüdersdorf am Ralfee Anfang April ihre gosslichen Tore zu den billigen Preisenspreisen von 3,60 M. ab eröffnen. Auf Heigoland hat die Genossenschaft bekanntlich in der völlig renovierten Marinekaserne ein prächtiges Kinderheim, das von Anfang Mai bis Ende Oktober in Betrieb ist, während die Kinderheime Graal an der Ostsee, Friedrichroda in Thüringen und Löhn im Riesengebirge das ganze Jahr über geöffnet sind.

Die polnische Sprachkurse für Unbemittelte im Institut für Sozialwissenschaft, Berlin RB. 40, in den Zellen 10, findet von jetzt ab täglich vormittags von Sonntag bis Freitag von 11-12 Uhr unter Leitung von Herrn Dr. Schapiro statt. Die Sprachkurse in der öffentlichen Erbeberatungsstelle unter Leitung der Rechtsanwältin Mag. Marg. Hirschfeld, Dr. Kranich, Dr. Schapiro und Dr. Krausmader sind jetzt ebenfalls täglich, und zwar an jedem Wochentage nachm. von 6 bis 7 Uhr.

Klatsch und Klagen.

Privatklagen entstehen aus Klatsch und über Reden. Ein unbedachtes Wort, vielleicht nur im Scherz — der andere aber geht und klagt. Frau Schulze ist auf Frau Krause neidisch, weil diese eine neue Bluse trägt und sie nicht. Die „Schulzen“ spricht ein Wort zuviel. Die „Krausen“ erfährt das von der „Wegern“. Als die „Krausen“ über die „Schulzen“ wie ein Rohrspag schimpfte, stand diese mit gespitzen Ohren hinter der Tür. Einige Tage später haben alle drei eine Einladung zu einer Verhandlung vor dem Gericht in der Tasche. Pünktlich sind alle zur Stelle: Zeugin, Angeklagte und Klägerin. Alle drei drücken trampfhaft mit dem Daumen. Die Leute sagen, ein Prozeß sei ein Glücksspiel und da müsse man mit dem Daumen drücken. Als nun die Verhandlung begann, da glauben die Krausen, die Schulzen und die Wegern, jede müsse den ganzen üblen Hausklatsch zum besten geben. Doch der Richter griff energisch ein und versuchte, alle Beifühligkeiten der „Klatschbasen“ zu unterbinden. „Hören Sie mal“, meinte der Richter, „hier ist doch ein Vergleich möglich. Angeklagte, wollen Sie die Beleidigung nicht zurücknehmen?“ „Was, ist soll zurücknehmen, ich habe kein beleidigt, das ist bloß 'n Racheakt!“ Die Klägerin: „Ja Richter, die hat mich beleidigt, jetzt will sie schwindeln!“ Der Vorsitzende lehrte dem Redestrom einen Damm: „Aber Frau Krause, hören Sie mal, wollen Sie nicht erklären, falls Sie die zur Verhandlung stehende Beleidigung ausgesprochen haben, daß Sie dieselbe zurücknehmen?“ „Nein und nimm!“ Um die Bogastelle wird weiterverhandelt. Es dröhnte der § 187 des Strafgesetzbuchs: „Wer wider besseres Wissen auf einen anderen eine unwahre Tatsache (!) behauptet... Welche Kränze spiegelt sich auf dem Gesicht der Klägerin, als der Rechtsstreit zu ihren Gunsten entschieden war.“

Zeit ist vergeudet worden. Der Haß bleibt.

Vorübergehende Schließung der Volksbühne I in Lichtenberg. Wegen Bekundungnahme bleibt die Volksbühne I, Platenberg, Wollendammstr. 6, während der Zeit vom 28. bis 29. Februar geschlossen. Die Ausleiher werden entsprechend um eine Woche verlängert.

Die Sparkasse der Stadt Berlin hat in den Rathäusern Nikolassee und Wannsee sowie in dem Gutshaus Dabem amische Nebenstellen ihrer Kasse eröffnet.

Die Stadtverordnetenversammlung wird morgen, wie gewöhnlich, wiederum um 4 Uhr beginnen. Aus der reichhaltigen Tagesordnung ist hervorzuheben die Beratung der Magistratsvorlage betreffend die Ausführung eines Strohkunzels unter dem Potsdamer Außenbahnhof und der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die weitere Aufwertung von Sparkassenguthaben verlangt. Nachdem dieser Antrag in dem vorbereitenden Ausschuss einstimmig angenommen worden ist, besteht die Aussicht, daß die Rechtsparteien, die sich so während der zurückliegenden Wahlperiode sehr stark für die Aufwertung interessierten, auch im Plenum dafür stimmen werden. Zur Behandlung steht ferner noch der kommunikative Antrag wegen der Kreditgewährung der Reichsbank an den Bauminister. Die Kommunisten werden bei der Beratung ihres Antrages nicht viel Freude erleben.

Erdbeben in Belgien und Holland. In der Provinz Vättich und Belgisch-Luxemburg wurde ein heftiges Erdbeben verspürt, das 20 Sekunden dauerte und von unterirdischem Donner begleitet war. Auch in Niederlande wurden Erdstöße von geringerer Heftigkeit verspürt.

Hellgrüner Sturm an den französischen Küsten. An den Küsten Frankreichs tobte seit gestern ein heftiger Sturm, dem bereits verschiedene Dampfer zum Opfer gefallen sind. In Concarneau sind vier französische Fischdampfer zusammengestoßen. Die Belagerung konnte gerettet werden.

Sport.

Deutsch-dänischer Boxkampfabend. Der Boxparkclub „Heros“ veranstaltete im Sozialen Friedrichshagen einen deutsch-dänischen Boxkampfabend mit Pippow, Sportwart des DSB, als Ringrichter und Buttrop-Kopenhagen, Vorsitzender der Dänischen Amateur-Box-Union, als ersten Ringrichter. Im Jugendgewicht siegte Billig (BC, Berlin) nach Punkten, ebenso Klomp (Heros) im Fliegengewicht. Im Leichtgewicht siegte Kiffle (Heros) in der Schlussrunde, die nach drei unentschiedenen Runden erfolgte. Von nationalen Kämpfen ist wenig bemerkenswert, nur Preich vom DSB, Maccabi, der gegen Hagen (Heros) siegte, lieferte einen interessanten, technisch vollendeten Kampf. Die internationalen Kämpfe begannen mit Rikkel Bourlen (Sparta-Kopenhagen) 108 Pfd., gegen E. Boltmar (Heros). Letzterer hatte einen durchaus gleichwertigen Gegner, so daß der Schiedsrichter nach drei Runden unentschieden erklärte; in der Schlussrunde führte Boltmar und konnte so einen Punkt sieg erzwingen. Im Federgewicht trafen Jerich-Kopenhagen und Hardt (Heros) zusammen. Jerich war der überlegene Techniker und trug den wohlverdienten Sieg nach Punkten davon. Die Weltgewichte Schröder (Heros) und Barlen (Hermab-Kopenhagen) begannen im schärfsten Tempo, jedoch schon in der ersten Runde mußte Barlen die Führung an Schröder abtreten, der der weitaus bessere Techniker war, obwohl Barlen über die größere Reichweite verfügte. Auch eine Bemerkung wegen Tiefschlaf, in den Barlen hineinschlief, konnte Schröder den Punkt sieg nicht nehmen. Einen ganz überlegenen Sieg gewann Michaelsen (Christianshavn AA, Kopenhagen) gegen Schmerh (Heros). Man sollte es vermeiden, so wenig durchgearbeitete Leute wie Schmerh so hartnäckigen Kämpfern gegenüberüberzusetzen. Schwerer mußte in der zweiten Runde bis acht zu Boden und konnte sich erst in den letzten Phasen der dritten Runde wieder auf sich selbst besinnen. Sieger nach Punkten Michaelsen. Wohl den besten und spannendsten Kampf des Abends brochten die Schwergewichte Robert Barsen (Sparta-Kopenhagen) gegen Knöpnadel (BL, Brandenburg). Letzterer gab das Tempo von Anfang an und bewies, daß er im Nehmen und Geben gleich hart ist. Knöpnadel ist ein so guter Techniker, daß er Treffer auf Treffer bei Barsen landen konnte und seine große Fähigkeit im Nehmen ermöglichte es ihm, drei Runden durchzustehen. Sieger nach Punkten Knöpnadel.

Gewerkschaftsbewegung

Die Moskauer Abenteuer an der Arbeit.

Unerschämte Einmischung.

Die Abenteuer von Moskau, die als kommunistische und rote Gewerkschaftsinternationale firmieren, erlassen einen Aufruf „an alle deutschen Bergarbeiter“, in dem es zum Schluß heißt:

Die Klassenbewußten Arbeiter aller Länder unter Führung der kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale rufen euch auf, zum Kampf zu schreiten. Er kämpft die Siebenstundenschicht! Rüstet zum Kampf! Die toten 136 Brüder dürfen nicht umsonst gefallen sein!

Die deutschen Bergarbeiter haben, als die heutigen Diktatoren von Moskau noch nicht daran dachten, gewerkschaftlich sich irgendwie zu betätigen, schon schwere Kämpfe gegen das Grubenkapital geführt. Sie haben vor zehn Monaten einen vierwöchigen Kampf um die Siebenstundenschicht geliefert und sie werden zum gegebenen Zeitpunkt diesen Kampf wieder aufnehmen. Den Zeitpunkt zu wählen ist jedoch ihre ureigenste Angelegenheit. Sie werden sich diesen Zeitpunkt vom Grubenkapital auch dann nicht vorschreiben lassen, wenn diesem wie so oft, die zweifelhaften Elemente von Moskau zu Hilfe kommen.

Diesen Abenteurern, die Geld und agents provocateurs nach Deutschland schicken, um hier Rufe zu organisieren und ehrliche deutsche Proletarier ins Unglück zu bringen, mögen zunächst einmal vor ihrer eigenen Tür stehen, wo der Unrat sich bergehoch türmt. Wenn in dem Aufruf gegen die Affordschänder, Unterernährung und die Arbeitslosigkeit Stellung genommen wird, dann genügt es, an die Hungerlöhne in Rußland, an das unmenschliche Antreiberystem, an die Affordschänder der Sowjetrepublik zu erinnern, wo selbst im Paugewerbe alle nur erdenklichen Arbeiten in Afford ausgeführt werden. Und wie steht es denn dort mit der Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsbetrieb? Prozentual dürfte Rußland, was die Arbeitslosigkeit betrifft, so ziemlich an der Spitze stehen.

Die Moskauer Abenteuer, die nun schon seit Monaten im trauten Verein mit der deutschen Reaktion gegen die „Bormal-Sozialdemokratie“ hegen, obwohl auch heute noch kein Reich die Verbrechen der Bormal und die Verantwortung der Sozialdemokratie für diese noch unbekanntem Verbrechen anzugeben weiß, schlagen auch in diesem Aufruf in dieselbe Kerbe. Demgegenüber sei einmal die „Pravda“ vom 12. April 1924 zitiert, in der Karl Radef in seinem Aufruf an Stinnes folgendes schrieb:

Stinnes verstand es aber auch, einen nicht weniger harten Kampf gegen seine eigene Partei zu führen, wenn in ihr sich auch nur die geringsten Selbständigkeitsstrebungen regten. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Stresemann, ist aus den Kreisen der sachlichen Textilindustrie hervorgegangen. Bei der Verteidigung ihrer Interessen, der Interessen der verarbeitenden Industrie, war er von Zeit zu Zeit gezwungen, seine eigenen Wege zu gehen. Das genügt, damit Stinnes ihm den Krieg erklärte. Er konnte diesen Krieg nicht in brutaler Form in seinen eigenen Zeitungen führen. Deshalb versorgte seine Agenten die kommunistische Presse mit Mitteilungen, die Stresemann kompromittierten. Von Stinnes Agenten erhielt das Zentralorgan unserer Partei (d. h. die „Rote Fahne“), daß Stresemann von einem russischen Juden, den Kaufmann Elwin, finanziert wird.

Daß die Nachfolger des Zarismus mit Stinnes und anderen Großkapitalisten und Ausbeutern Geschäfte machen, sich dagegen weigern, mit reinen Arbeiterunternehmungen in handelsbeziehungen zutreten, ist eine bekannte Tatsache. Diese Abenteuer, die mit dem Großkapital eingeständenermaßen Hand in Hand arbeiten, bestigen die Unerschämtheit, die deutschen Proletarier „zum Kampf“ aufzurufen. Abgesehen davon, daß sich die Moskauer in die Dinge hineinmischen, die sie, auf gut deutsch, einen Dreck angehen, sei ihnen hiermit gesagt, daß sie am allergeringsten qualifiziert sind, solche Aufrufe zu erlassen. Im übrigen rückt die deutsche Arbeiterklasse immer mehr ab von den Stipendiaten jener Moskauer Abenteuer. Das muß angehts der unerschämten Einmischung der Moskauer noch deutlicher und stärker zum Ausdruck kommen.

Textilarbeiter und Gewerkschaftspolitik.

Gelegentlich der Gaukonferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes für den Freistaat Sachsen am 22. Februar im Volkshaus zu Dresden hielt der Verbandsvorsitzende Genosse Jäckel einen Vortrag über die politischen Interessen des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Im Mittelpunkt des sozialistischen Klassenkampfes steht das Prinzip der Wirtschaftsdemokratie. Die Gewerkschaft werde genötigt, sich auch politisch zu betätigen. Dazu bedürfte es eines Organs, in dem Gewerkschaft und Partei verbunden sind. Wenn wir in die Arena des politischen Kampfes treten müssen, wollen wir nicht die Partei auseinanderreißen, sondern zu dem Ziel kommen: Partei und Gewerkschaft sind eins!

Es müßten neue Formen geschaffen werden, wodurch die Gewerkschaft eine angemessene Vertretung gesichert wird. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Jäckel las folgende Resolution vor:

Die von 137 Delegierten aus allen Teilen des Freistaates Sachsen besuchte Gaukonferenz bekennt sich zu den Auffassungen des Verbandsvorstandes in Sachen der Aufgaben und Stellung der Gewerkschaften im allgemeinen und des Deutschen Textilarbeiterverbandes im besonderen in der politischen Kampfe. Sie erkennt, daß die Lösung des gewerkschaftlichen Problems nur erfolgen kann durch absolut gleichberechtigte und entscheidende Mitwirkung der Gewerkschaften bei Behandlung aller politischen Fragen, einschließlich der parlamentarischen Repräsentationen, im Rahmen der aufs innigste verbundenen Organisationen von Gewerkschaft und Partei.

Die Gaukonferenz betont auf das nachdrücklichste, daß mit dem Fortschreiten der weltwirtschaftlichen Entwicklung und Umwälzung

die Lösung des Problems immer dringender wird. Sie fordert deshalb von Gewerkschaft und Partei intensiver Tätigkeit im Sinne der Auffassungen unseres Verbandsvorstandes. Gleichzeitig erklärt die Gaukonferenz, daß die systematische Herabsetzung der Verbandsleistung durch einige Blätter der sozialdemokratischen Partei durchaus zu verurteilen ist. Die Funktionäre des Verbandes haben für die nötige Aufklärung zu sorgen.

Die Diskussion über das Referat Jäckel war recht lebhaft. Ueber die Resolution wurde auf Antrag getrennt abgestimmt. Der erste grundlegende Absatz wurde gegen eine Stimme und der zweite gegen 11 Stimmen angenommen. Durch diese Abstimmung zeigt sich, daß die überwältigende Mehrheit der Vertreter des Textilarbeiterverbandes in Sachen in dieser Frage hinter dem Verbandsvorstand steht. Wir dürfen wohl annehmen, daß die Geschlossenheit der Textilarbeiter merklich zur Abkühlung des Streites, wie er von den sachlichen Parteiblättern geführt wird, beitragen wird.

Eingabe des ADB. an das preussische Staatsministerium.

Das Landessekretariat Preußens des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes ist an das preussische Staatsministerium herangetreten, angehts der Rotlage namentlich der unteren und mittleren Beamtenchaft die Gehälter für März bereits am 25. Februar 1925 auszuzahlen. Daß eine solche Rotlage besteht, beweisen die Anträge aller Parteien bei Reichs- und Landesparlamenten, die unzureichenden Gehälter der Beamten so aufzubessern, wie es die augenblickliche Lage verlangt.

Die unzutreffenden Angaben des Reichsfinanzministeriums bezüglich Ueberschreitung der Bektriebsbezüge in gewissen Beamtengruppen durch die letzten Gehaltsaufbesserungen sind von den Beamtenorganisationen des öfteren bereits widerlegt worden.

Lohnabkommen in der Silberwarenindustrie.

In der Silberwarenindustrie Berlins ist ein neues Lohnabkommen abgeschlossen worden. Die Unternehmer hatten sich auf die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen gar nicht erst eingelassen, sondern waren damit einverstanden, daß sofort der Schlichtungsausschuss angerufen wird, da eine größere Zulage doch nicht in Frage kommt. Der Spruch des Schlichtungsausschusses erhöht die Stundenlöhne der gelernten Facharbeiter um 10 Pf., die der Angelernten und Hilfsarbeiter mit über fünfjähriger Berufstätigkeit um 8 Pf., unter fünf Jahren im Beruf um 7 Pf., Handpoliererinnen erhalten 7 Pf. und sonstige Arbeiterinnen 6 Pf. pro Stunde mehr. Der Spitzenlohn beträgt noch im Durchschnitt 86 Pf. Das Abkommen gilt bis zum Ablauf der Lohnwoche, in die der 30. April fällt. Eine Brandenburger Versammlung nahm gestern den Schiedspruch mit einer schwachen Mehrheit an.

Zum Schiedspruch in den Metallgießereien.

Die Vereinigung Berliner Metallgießereien scheidet uns folgende Berichtigung:

Es ist nicht wahr, daß die Vereinigung Berliner Metallgießereien den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 18. Februar 1925 bereits angenommen hat und daß derselbe dadurch rechtskräftig geworden ist. Die Vereinigung Berliner Metallgießereien hat vielmehr die Annahme des Schiedspruches davon abhängig gemacht, daß vorerst zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Uebereinstimmung über die Auslegung des Schiedspruches geschaffen wird. Die Vereinigung Berliner Metallgießereien hält die Auslegung, die der „Bormal“ dem Schiedspruch gibt und die Angaben, die er über die danach eintretenden Lohn-erhöhungen macht, für unzutreffend.

Wir weisen nicht, was die Unternehmer mit dieser sonderbaren Berichtigung wollen. In Wirklichkeit scheint da wieder ein über-eifriger Spionbus seine Griffensberechtigung beweisen zu müssen. Wir nehmen nicht an, daß die Unternehmer es nachträglich noch zu einem Kampfe kommen lassen werden.

Aus der Herrenmaßbranche.

Am Dienstag berichteten Faustmann und Gramenz in einer gut besuchten Versammlung der Herrenmaßbranche über die Tätigkeit der Branchenleitung. Von etwa 4000 Herrenmaßschneidern in Berlin gehören 2000 der Organisation an, wogegen der Oppositionsverband trotz aller Großprohereien und wiederholten Spaltungsvorschläge nur 500 Mitglieder zählt. In der Branche wird zu 70 Proz. Heimarbeit geleistet, während der übrige Teil auf Beschäftigung in der Werkstatt entfällt. Die Referenten hoben mit besonderem Nachdruck hervor, daß es auch Aufgabe jedes einzelnen Kollegen sein müsse, bisher Unorganisierte dem Verbands zuzuführen. Diesem Zwecke sollen auch die in der nächsten Zeit stattfindenden Werberversammlungen dienen.

Nach sachlicher Aussprache, in der bemängelt wurde, daß der Branchenleiter gleichzeitig die Herren- und Damenmaßbranche zu vertreten hat, wurden Genosse Faustmann als Branchenleiter und die bisherigen Mitglieder der Branchenkommission fast einstimmig wiedergewählt.

Zu den zentralen Lohnverhandlungen konnte die Versammlung nicht Stellung nehmen, da ein Ergebnis noch nicht vorlag. Zum Schluß wurden noch verschiedene Branchenangelegenheiten erledigt.

Der Schiedspruch für die Kalkindustrie abgelehnt.

Am Sonntag tagte in Magdeburg in den Reichshallen zwecks Stellungnahme zu dem am 17. Februar gefällten Schiedspruch eine von allen am Tarifvertrage beteiligten Organisationen besetzte Konferenz. Nach eingehender Beratung wurde folgende Entscheidung einstimmig gefaßt:

Die am 22. Februar in Magdeburg tagende Konferenz der Kalkarbeiter nimmt Kenntnis von den Lohn- und Arbeitsbedingungen und von dem am 17. Februar gefällten Schiedspruch. Trotz der in bestehenden Lohnverhandlungen erklärte die Konferenz, die unter Abschnitt I, Ziffer 1-6 getroffenen Bestimmungen nicht abzulehnen. Der Schiedspruch läßt jedoch die Wünsche der Arbeiter in der Arbeitszeitfrage vollständig unberücksichtigt und nimmt nur eine kaum wesentliche Änderung im Manteltarifvertrag vor. Die Konferenz beschließt deshalb die Ablehnung II, III und IV des Schiedspruches nicht anzunehmen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Cederhaus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Catorra; Familien: H. S. Böcker; Entlohnung und Sozialleistungen: Fritz Karst; Anzeigen: Ed. Wiede; Amtlich in Berlin: Berlin: Bormars-Berlin G. m. b. H.; Berlin, Druck: Bormars-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. M. B. H., Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1188
Pillule Westen, Wilmerdorf
Landschaftstr. 4 - Tel. Pilsberg 9841
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Sprechmaschinen
Gelegenheitskauf!
Riesensparten!
Konzertapparate, trichter-os:
Nr. 4 5 7 9
M. 8,50 11,- 15,- 18,-
Hauptapparate, echt Eiche:
Nr. 11 12 14 16
M. 28,- 33,- 45,- 58,-
Schrankapparate, echt Eiche:
Nr. 19 20 24 26
M. 88,- 110,- 125,- 150,-
Vollkommene Wundergabe
Platten wieder billig! 30 cm 1,90 M.
Schulz & Gundlach Berlin C.,
Mörzstr. 12

Gelegenheit
Reste f. Wintermäntel u. Kostüme:
Sealplüsch, Samt, Krimmer.
Futterselken u. Halbselken
bedeutend unter Preis.
Haarpuder, Goltzstr. 2
(Gruncwa'destraße)

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engrospreisen.
Eigene Fabrikate in gediegenen
Ausführungen kaufen Sie in
großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Königsplatz 12, Hof parli.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungsverkehrung
Telephon: Alexander 4112

Einst und Jetzt
Große Auswahl in Marken wie Sarelit,
Mauslein, Kant, Tram I, Esquillo, Black
und Splice, Osterier, Große Auswahl
in kleinen zarten, Villi, Bambus usw.
Schokoladengroßhandlung Strecker
Stralauer Str. 32, am Marktplatz

Der gute Kapitän-Kaulabak
in den meisten Dörfern
verfügbares
C. Böcker, Berlin
Lichtenberger Straße 72, Kest. 3661

Käuter-Franzbranntwein
Überall erhältlich
Kopp & Joseph,
Berlin W.

Möbel
Spiegel-, Herren-, Schlaf-,
Kammer-, Küchen-, Klub-,
Parkett-, Elzelemöbel
äußerst preiswert
Auf Wunsch Zahlungsanleihe-erung.
S. Dorn, Berlin
Weinmeisterstr. 9

Berlin staunt
über Qualität und Billigkeit meiner beliebtesten
Sport- und Jackenwole, per Pfund nur Mark 6.50
Nierenwole für denauswähl. Strumpfwolle, reines
Garnmull 100 Gramms 1.30 etc. Japhowolle,
Krimmer und Fildumulle. Berlin an jeder
auch in kleinen Quantitäten von 50 Gramm erhaben
Wallvertrieb Bahnhof Börse
In der Saarbaunr Straße 7, im Hauke Café Dobrin.
Kauf-Verkehr auch ansonsten freize.

Rinderland 1925
Preis 1,20 Mark
zu haben in der Buchhandlung
J. S. W. Dieck und in der
Kaufmannstraße 4, unter in allen
Kaufmannschaften, Bestirrhof
und -Kaufhäuser nehmen ebenfalls
Bestellungen gerne entgegen